

B e k a n n t m a c h u n g

**Planfeststellungsverfahren nach
§ 95 Absatz 1 Landeswassergesetz Schleswig-Holstein (LWG SH)
in Verbindung mit dem Landesverwaltungsgesetz Schleswig-Holstein (LVwG
SH), §§ 72 bis 77 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG), dem LNG-
Beschleunigungsgesetz (LNGG) und dem
Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz (UVPg)
für das Vorhaben „Neubau des German LNG-Terminals“ in Brunsbüttel im
Kreis Dithmarschen
einschließlich Umweltverträglichkeitsprüfung**

**hier: Erlass der vorläufigen Anordnung über den vorzeitigen Maßnahmenbeginn sowie
Zulassung des vorzeitigen Beginns der Gewässerbenutzung**

1. Am 16.02.2024 ist gemäß § 95b Absatz 2 LWG SH die vorläufige Anordnung über den vorzeitigen Maßnahmenbeginn sowie gem. § 17 Absatz 1 WHG die Zulassung vorzeitigen Beginns der Gewässerbenutzungen erlassen worden. Nach § 95b Absatz 2 Satz 6 LWG SH ist diese vorläufige Anordnung den anliegenden Gemeinden und Gemeindeverbänden sowie den Beteiligten zuzustellen und örtlich bekannt zu machen.
2. Die Anhörungsbehörde stellt diese Bekanntmachung sowie den Inhalt der vorläufigen Anordnung **digital** gemäß § 86a LVwG auf der Internetseite BOB-SH / Planfeststellung <https://planfeststellung.bob-sh.de/> mittels dem Direktlink <https://planfeststellung.bob-sh.de/plan/hafen-g-lng> zur allgemeinen Einsichtnahme bereit.
Zudem erfolgt gemäß § 20 UVPg eine Internetveröffentlichung auf dem UVP-Verbund-Portal <https://www.uvp-verbund.de/>.

Kiel, den 20. Februar 2024

Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit,
Technologie und Tourismus des Landes Schleswig-Holstein
- Amt für Planfeststellung Verkehr –
Anhörungsbehörde

gez. Pinikinstein